

MITTEILUNGSVORLAGE

			Vorlage-Nr.: M 24/0511
1 - Dezernat I			Datum: 21.11.2024
Bearb.:	Major, Julia	Tel.:-910	öffentlich
Az.:			

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Hauptausschuss	25.11.2024	Anhörung

Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion vom 04.11.2024 zum Amtsgericht Norderstedt

Sachverhalt:

Vorbemerkung:

Zum aktuellen Stand der Gerichtsstrukturreform und den Auswirkungen hat die Verwaltung bereits in der Sitzung des Hauptausschusses am 04.11.2024 (TOP 16.3 / Vorlage M 24/0465) wie folgt informiert:

Nach Information des Ministeriums für Justiz und Gesundheit des Landes Schleswig-Holstein gibt es eine Gerichtsstrukturreform im gesamten Land, welche Teil der Einsparbestrebungen der Landesregierung ist. Das Land hat sich zum Ziel gesetzt bis 2030 Einsparungen von 1 Milliarde Euro zu realisieren.

Der Kreis Segeberg hat aktuell zwei Amtsgerichtsstandorte – in Bad Segeberg und in Norderstedt. Im Zuge der Gerichtsstrukturreform solle eine Zusammenlegung dieser beiden Standorte ergebnisoffen geprüft werden. Dieser Prozess solle in 2025 auf den Weg gebracht werden, jedoch sei mit Ergebnissen nicht vor 2027 zu rechnen. Eine tatsächliche Umsetzung sei erst in den 2030er-Jahren realistisch.

Die Verwaltung ist hierzu im Austausch mit allen Akteuren und wird sich auf Landesebene für einen Erhalt des Amtsgerichtsstandortes Norderstedt einsetzen.

Beantwortung der Anfrage:

Inwieweit wurden Sie im Vorwege in die Pläne der Landesregierung eingebunden?

Antwort: Die Verwaltung wurde im Vorwege nicht in die Pläne der Landesregierung eingebunden.

Sachbearbeitung	Fachbereichsleitung	Amtsleitung	mitzeichnendes Amt (bei Beschlüssen mit finanziellen Auswirkungen: Amt 20)	Stadtrat/Stadträtin	Oberbürgermeisterin
-----------------	---------------------	-------------	--	---------------------	---------------------

Wann haben Sie bzw. wann werden Sie aus Sicht der Stadt Norderstedt zu diesem Gesetzesvorhaben gegenüber der Regierung Stellung beziehen? Stehen Sie zu diesem Thema im Austausch mit dem Landrat, der örtlichen Richter- und Anwaltschaft und beabsichtigen Sie, hier weitere Aktivitäten, um die Schließung des Amtsgerichts zu verhindern?

Antwort: Wie bereits berichtet, befindet sich die Verwaltung im Austausch mit allen Akteuren und wird sich im Zuge der Gerichtsstrukturreform selbstverständlich für einen Erhalt des Amtsgerichts Norderstedt einsetzen. Ein gemeinsamer Gesprächstermin mit dem zuständigen Staatssekretär im Ministerium für Justiz und Gesundheit des Landes Schleswig-Holstein, dem Direktor des Amtsgerichts Norderstedt, Dr. Wolf Reinhard Wrege und der Oberbürgermeisterin ist bereits kurzfristig terminiert. Zudem ist mit dem Vorsitzenden des Hauptausschusses abgestimmt, dass Dr. Wrege zu diesem Thema zur Sitzung des Hauptausschusses am 09.12.2024 eingeladen wird.

Die Verwaltung wird den Hauptausschuss über aktuelle Entwicklungen informieren.